

Gegenvorschlag besiegt Klimainitiative

Die Nidwaldner Stimmberechtigten bekennen sich zum Gegenvorschlag des Landrates. Damit gibt's einen Klimaschutzartikel.

Matthias Piazza

In Nidwalden ist gestern über die Volksinitiative «Nidwalden ab 2040 klimaneutral» und den Gegenvorschlag des Landrates abgestimmt worden. Das Stimmvolk hat dabei die Initiative mit 73,5 Prozent (8317 Nein zu 2996 Ja) klar abgelehnt und gleichzeitig den Gegenvorschlag mit 61,1 Prozent (6808 Ja zu 4338 Nein) deutlich angenommen. Die Stimmbeteiligung lag bei 37 Prozent.

Landammann Joe Christen, Landwirtschafts- und Umweltdirektor, zeigt sich erfreut über das Abstimmungsresultat: «Die Bevölkerung hat erkannt, dass Landrat und Regierungsrat hinter der Klimaneutralität stehen, aber keinen Alleingang, sondern ihre Strategie auf das Jahr 2050 ausrichten wollen. Dies entspricht einem realistischen Zeithorizont, wie er auch im Pariser Klimaabkommen festgehalten wird, das von der Schweiz mitunterschieden worden ist.» Das Abkommen hat zum Ziel, die globale Erwärmung auf maximal zwei Grad zu beschränken.

Verbindlicher Auftrag zur CO₂-Reduktion

Mit der Annahme des Gegenvorschlags wird die Nidwaldner Kantonsverfassung um einen Klimaschutzartikel erweitert. Dadurch erhalten Kanton und Gemeinden den verbindlichen Auftrag, sich für die Reduktion des CO₂-Ausstosses einzusetzen – abgestimmt auf die Massnahmen auf nationaler und internationaler Ebene. Die Regierung fühle sich in ihren Anstrengungen für den Klimaschutz von der Bevölkerung dazu verstärkt legitimiert.

«Bei einer Annahme der Volksinitiative wären wir einer der wenigen Kantone gewesen, der die vom Abkommen abweichende Jahreszahl 2040 in die Verfassung aufgenommen hätte. Dadurch wäre der Aufwand Nidwaldens für die Erarbeitung und Umsetzung der erforderlichen Massnahmen ungleich grösser ausgefallen. So ist zum Beispiel noch ungewiss, wann



Landammann und Landwirtschafts- und Umweltdirektor Joe Christen (links) und Benno Zurfluh vom Initiativkomitee an der Medienkonferenz. Bild: Urs Hanhart (Stans, 12. 3. 2023)

Abstimmungsergebnisse Nidwalden

	Klimainitiative		Gegenvorschlag	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Beckenried	245	645	503	378
Buochs	314	1130	853	568
Dallenwil	112	405	292	221
Emmetten	81	355	234	191
Ennetbürgen	326	1049	852	496
Ennetmoos	120	431	300	246
Hergiswil	371	1253	1045	549
Oberdorf	208	610	464	342
Stans	795	1277	1290	744
Stansstad	304	805	682	424
Wolfenschiessen	120	357	293	179
Total	2996	8317	6808	4338
Stimmbeteiligung	37,01%		37,01%	

die Technologien zur Speicherung von unvermeidbaren CO₂-Emissionen so weit ausgereift sein werden, dass sie wirkungsvoll eingesetzt werden können», hält Joe Christen fest.

«Das Ja zum Gegenvorschlag ist auch ein Erfolg unserer Abstimmungskampagne.»

Benno Zurfluh
Initiativkomitee

Erfreut trotz des Neins zur Initiative ist auch Benno Zurfluh im Namen des Initiativkomitees, dass sich aus Vertretern der Grünen, der Grünliberalen, der SP und Umweltschutzorganisationen zusammensetzt. «Das Ja zum Gegenvorschlag ist auch ein Erfolg unserer Abstimmungskampagne. Unser Aufwand hat sich gelohnt.» Mit der Annahme des Verfassungsartikels sei Nidwalden nun im Gleichschritt mit dem Bund. Nun hoffe er, dass auch die anderen Parteien mitziehen auf dem Weg zur einem Klimagesetz.

GLP-Co-Präsidentin Denise Weger ist froh, dass der Klimaschutz in die Verfassung kommt, wenn auch ohne Jahreszahl. Ähnlich äussert sich auch Eva Maria Odermatt von der SP. Je schneller man handle, desto günstiger sei es. Dankbar für

den Gegenvorschlag äussert sich Raphael Bodenmüller, Präsident der FDP Nidwalden. So gelinge es, Ressourcen zu schonen und gleichzeitig die Bevölkerung und Wirtschaft im Boot zu haben. Von einem sinnvollen Weg, den Nidwalden eingeschlagen habe, spricht Mitte-Kantonalpräsident Mario Röthlisberger. «Die Bevölkerung will einen effektiven Klimaschutz, aber nicht um jeden Preis», deutet er das Resultat. «Man muss die Nidwaldner Stimmbürger loben, dass sie nicht auf die hysterischen Klimagesänge hereingefallen ist und sie verstanden hat, dass Nidwalden nicht alleine das Weltklima retten kann», sagt Roland Blättler, Präsident der SVP, jener Partei, welche sich gegen Initiative und Gegenvorschlag aussprach.